Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/4994

18. 06. 96

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Horst Sielaff, Ernst Bahr, Rudolf Bindig, Christel Deichmann, Annette Faße, Arne Fuhrmann, Monika Ganseforth, Iris Gleicke, Angelika Graf (Rosenheim), Günter Graf (Friesoythe), Karl-Hermann Haack (Extertal), Hans-Joachim Hacker, Dr. Liesel Hartenstein, Dr. Barbara Hendricks, Monika Heubaum, Stephan Hilsberg, Gerd Höfer, Wolfgang Ilte, Gabriele Iwersen, Sabine Kaspereit, Marianne Klappert, Siegrun Klemmer, Eckart Kuhlwein, Erika Lotz, Dr. Christine Lucyga, Heide Mattischeck, Ulrike Mehl, Volker Neumann (Bramsche), Manfred Opel, Kurt Palis, Georg Pfannenstein, Gerhard Rübenkönig, Dagmar Schmidt (Meschede), Richard Schuhmann (Delitzsch), Dr. R. Werner Schuster, Dr. Cornelie Sonntag-Wolgast, Dr. Dietrich Sperling, Antje-Marie Steen, Jörg Tauss, Jella Teuchner, Dr. Gerald Thalheim, Reinhard Weis (Stendal), Matthias Weisheit, Berthold Wittich, Heidemarie Wright
— Drucksache 13/4798 —

Reise der politischen Spitze des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML) nach Spanien 1995

DIE ZEIT Nummer 22 vom 24. Mai 1996 berichtet über zwei Jagdreisen des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Jochen Borchert, gemeinsam mit seinem beamteten Staatssekretär, Dr. Franz-Josef Feiter, nebst Ehegattinnen nach Spanien im Jahre 1995. Gelegentlich dieser Besuche soll der damalige spanische Agrarminister erfolgreich bei Bundesminister Borchert und Staatssekretär Dr. Feiter dafür geworben haben, die Strafzahlung gegenüber der Europäischen Union (EU) entfallen zu lassen, die aufgrund der Überschreitung der für Spanien festgelegten Ölsaatenfläche fällig war. Immerhin soll es sich dabei um rd. 290 Mio. ECU (rd. 550 Mio. DM) gehandelt haben.

Für die Reisen der politischen Spitze des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten einschließlich der Ehegattinnen nach Spanien wurde dem Vernehmen nach die Flugbereitschaft der Bundeswehr in Anspruch genommen.

Die von DIE ZEIT gemeldete „Jagdgeschichte" kann und darf so nicht stehen bleiben. Sie untergräbt das Ansehen von Politikern und der Politik in einer Zeit, die geprägt ist von tiefen Einschnitten für bisherige Leistungen zugunsten breiter, überwiegend einkommensschwächerer Be-

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 17. Juni 1996 übermittelt.
Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

völkerungsschichten und die begleitet wird vom Schwinden politischen Vertrauens vieler Menschen.

Die Naturschutzverbände weisen außerdem darauf hin, daß der Steinbock in den Pyrenäen bereits vom Aussterben bedroht ist. Deshalb ist das Abschießen auch aus Gründen des Artenschutzes abzulehnen.

Im Interesse stabiler politischer Verhältnisse in Zukunft bei uns und im Interesse der Betroffenen bedarf die Angelegenheit einer zügigen und vollen Aufklärung.

Vorbemerkung

Persönliche Begegnungen der für Agrarfragen zuständigen Minister insbesondere der EU-Mitgliedstaaten sind für eine erfolgreiche Politikgestaltung in einem Europa ohne Grenzen unverzichtbar. Sie dienen nicht nur dem Meinungsaustausch über agrarpolitische Fragen, sondern schaffen Vertrauen und fördern angesichts oft schwieriger Verhandlungslagen gegenseitiges Verständnis sowie die Bereitschaft zu gemeinsamen Lösungen. Dies umfaßt auch informelle Kontakte im Rahmen gesellschaftlicher Anlässe.

Spanien, das in der zweiten Jahreshälfte 1995 den Vorsitz in der EU innehatte, hat – wie in der EU üblich – im Vorfeld und während der Präsidentschaft besonders intensive Konsultationen mit den übrigen Mitgliedstaaten der EU gepflegt, um den Erfolg wichtiger Projekte während dieser Zeit bestmöglich zu fördern.

1. Wann genau sind nach Kenntnis der Bundesregierung Bundesminister Jochen Borchert und Staatssekretär Dr. Franz-Josef Feiter nebst Ehegattinnen 1995 nach Spanien gereist, wovon DIE ZEIT in ihrer Ausgabe vom 24. Mai 1996 berichtet, und wie lange dauerten die Aufenthalte in Spanien jeweils?

Bundesminister Jochen Borchert und Staatssekretär Dr. Franz-Josef Feiter haben sich vom 10. bis 13. Februar 1995 sowie vom 8. bis 10. Dezember 1995 auf Einladung des damaligen spanischen Landwirtschaftsministers Atienza zu einem agrarpolitischen Meinungsaustausch in Spanien aufgehalten. Da die Einladung die Ehegatten ausdrücklich einschloß, war deren Teilnahme aus protokollarischen Gründen geboten.

2. Kann die Bundesregierung angeben, was im einzelnen die Gründe der Reisen waren?

   Welche Reisezwecke sind von der Bundesregierung besonders hervorzuheben?

Bei dem ersten der beiden Besuche im Februar 1995 stand die die europäische Öffentlichkeit zunehmend bewegende Frage einer Verkürzung der Transportzeiten von Schlachttieren im Mittelpunkt der Beratungen. Weiterhin wurden insbesondere auch die Agrarpreisverhandlungen, die Reform der Gemeinsamen Marktorganisation für Zucker und die Auswirkungen der Trockenheit in Spanien erörtert.

Beim zweiten Besuch im Dezember 1995 waren der Fischereistreit zwischen der Europäischen Union und Kanada im Nordwestatlantik, der schließlich noch im gleichen Monat beigelegt werden konnte, sowie die Reform der Gemeinsamen Marktorganisation für Obst und Gemüse Hauptdiskussionspunkte. Ferner wurden u. a. die Reform der Gemeinsamen Marktorganisation für Reis sowie die Lage auf dem Hartweizenmarkt behandelt.

3. Wann und wo hat die Bundesregierung die Öffentlichkeit in Form von Presseerklärungen über die seinerzeit anstehenden Reisen wie gewöhnlich unterrichtet?

Im Gegensatz zu Ihrer Annahme ist es nicht allgemein üblich, bilaterale Gespräche im voraus anzukündigen oder danach Presseerklärungen über deren Ergebnisse zu verbreiten.

4. Wie viele Bedienstete des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und anderer Ressorts, wenn ja, welcher, haben die politische Spitze des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zusätzlich

   a) auf der ersten Reise,

   b) auf der zweiten Reise

   nach Spanien 1995 für die möglicherweise stattgefundenen intensiven politischen Gespräche begleitet?

5. Welchen Rang und welche Funktionen im einzelnen bekleideten die Bediensteten, die die politische Spitze des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten seinerzeit zu dem Teil der Reise, der sich auf die politischen Gespräche bezog, begleiteten?

Zu den politischen Gesprächen im Rahmen des Besuches im Februar 1995 wurden Bundesminister Jochen Borchert und Staatssekretär Dr. Franz-Josef Feiter vom Leiter der Abteilung Koordinierung und Kommunikation des BML begleitet. An der zweiten Reise im Dezember 1995 nahmen keine zusätzlichen Mitarbeiter des BML teil.

6. Kann die Bundesregierung bestätigen, daß der damalige spanische Agrarminister Luis Atienza beim Aufenthalt der politischen Spitze des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Spanien die Gelegenheit genutzt hat, das spanische Ölsaatenproblem und die Strafzahlung in Höhe von rd. 290 Mio. ECU (rd. 550 Mio. DM) mit dem Ziel einer Streichung in Brüssel anzusprechen, die durch die Überschreitung der für Spanien festgelegten Ölsaatenfläche entstanden ist?

Nein.

7. Kann die Bundesregierung bestätigen, daß aufgrund vorgenannter Intervention die Strafzahlung an Brüssel tatsächlich der spanischen Regierung erlassen wurde?

Nein.

8. Aufgrund welcher Rechtsgrundlage (Kommissions-, Ratsverordnung oder einer sonstigen Verordnung) sind der spanischen Regierung ggf. die Strafzahlungen erlassen worden, und welche Haltung hat die Bundesregierung hierzu im einzelnen eingenommen?

Auf die Antwort zu Frage 7 wird verwiesen.

Richtig ist vielmehr, daß eine Reihe von Mitgliedstaaten, u. a. Spanien, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Belgien und Irland Probleme mit der Umsetzung der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik im Bereich der ‚Grandes cultures' hatten bzw. haben, die zu Modifizierungen der Regeln und damit auch zur teil- und zeitweisen Abmilderung der Sanktionen geführt haben.

Diese Entscheidungen werden vom Ministerrat oder von der Europäischen Kommission im Verwaltungsausschußverfahren getroffen.

9. Haben Bundesminister Jochen Borchert und Staatssekretär Dr. Franz-Josef Feiter nach Kenntnis der Bundesregierung im vorgenannten Zusammenhang das Problem der Überschreitung der Basisflächen in den neuen Ländern mit dem Ziel einer befriedigenden Lösung für Deutschland für die noch ausstehende Abbauverpflichtung (150 000 ha), ggf. mit welchem Ergebnis, angesprochen?

Die Überschreitung der Basisflächen in den neuen Bundesländern war nicht Gegenstand der Gespräche.

10. Kann die Bundesregierung bestätigen, und trifft es zu, daß für beide Flüge nach Spanien und zurück durch die politische Spitze des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und ihrer Ehegattinnen die Flugbereitschaft der Bundeswehr in Anspruch genommen wurde, und handelte es sich in beiden Fällen um Sonderflüge der Bundeswehr bzw. um welche Art von Flügen?

    Blieben die Flugzeuge während der Besuchsreise am Boden, und welche Kosten sind dadurch ggf. zusätzlich für die Crew entstanden?

Der Hin- und Rücktransport erfolgte durch die Flugbereitschaft des Bundesministeriums der Verteidigung gemäß den „Richtlinien für den Einsatz von Luftfahrzeugen der Flugbereitschaft BMVg zur Beförderung von Personen des politischen und parlamentarischen Bereichs" vom 26. April 1993. Die Flugzeuge blieben während des Aufenthalts aus flugbetrieblichen Gründen am Boden. Für die Besatzung sind hierdurch keine über die normalen dienstreiserechtlichen Ansprüche hinausgehenden zusätzlichen Kosten entstanden.

11. Wie hoch waren die für die beiden Reisen insgesamt entstandenen Kosten, woraus setzen sie sich im einzelnen zusammen, und wie wurden sie – ggf. aus welchem Einzelplan/Titel des Bundeshaushalts oder privat – beglichen?

Die Kosten für den Aufenthalt von Bundesminister Jochen Borchert und seiner Delegation in Spanien wurden von der gastgebenden spanischen Regierung übernommen. Daneben sind nur

für das BML entsprechend den reisekostenrechtlichen Bestimmungen bei der ersten Reise Reisekosten in Höhe von 179,40 DM, bei der zweiten Reise in Höhe von 63,25 DM angefallen. Beim ersten Flug sind rein rechnerisch Betriebskosten mit rd. 44 000 DM zu veranschlagen (Flugzeit vier Stunden und fünf Minuten; Preis pro Flugstunde der „Challenger" im Jahr 1995: 10 863 DM), beim zweiten Flug mit rd. 84 000 DM (Flugzeit fünf Stunden und zehn Minuten; Preis pro Flugstunde der „VFW": 16 729 DM). Die Kosten für die Flugbereitschaft sind im Einzelplan des Bundesministeriums der Verteidigung veranschlagt.

Kosten des BML für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen werden nach Maßgabe der Grundsätze für die Verwendung von Bundesmitteln für Repräsentationszwecke vom 4. November 1987, die in Abstimmung mit dem Bundesrechnungshof erarbeitet wurden und seither unverändert angewandt werden, aus dem Titel 529 01 des Einzelplans 10 getragen.

12. Wie viele Tiere wurden während der beiden Reisen in Spanien erlegt, und zu welchen Steinbockarten gehörten die ggf. erlegten Tiere?

Im Rahmen des bei offiziellen Besuchen üblichen Begleitprogramms hat der spanische Minister Atienza seine Gäste jeweils zur Jagd eingeladen. Während es sich bei der ersten Jagd um eine Drück- und Pirschjagd auf Dam- und Rotwild handelte, an der auch spanische Jäger teilgenommen haben, handelte es sich bei dem zweiten Besuch im Dezember 1995 bei der Jagd auf Steinbock um eine Einzeljagd. Dabei wurden insgesamt zwei Steinböcke erlegt. Sie gehörten zur Unterart des Westlichen Spanischen Steinbocks (capra pyrenaica victoriae), einer der Unterarten des iberischen Steinbocks, welche in Spanien nicht gefährdet sind.

13. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, daß der Steinbock (Capra pyrenaica) vom Aussterben bedroht ist und geschützt werden muß und deshalb das Abschießen solcher vom Aussterben bedrohter Tiere entschieden abgelehnt werden muß?

Insgesamt leben etwa 45 000 Stück iberisches Steinwild verschiedener Unterarten in Spanien. Der Bestand des Westlichen Spanischen Steinbocks, der in den letzten Jahren insbesondere aufgrund einer schonenden jagdlichen Nutzung deutlich zugenommen hat, gilt als nicht gefährdet. Die erlegten Tiere wurden nach den Bestimmungen des spanischen Jagdrechts gejagt.

Als gefährdet gilt der Pyrenäen-Steinbock (Capra pyrenaica pyrenaica), der nur in den Pyrenäen und dort mit einem Bestand von rd. 40 Tieren vorkommt. Er unterliegt keiner jagdlichen Bewirtschaftung.

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333